

EINWOHNER

BESCHÄFTIGUNG

Schrumpfende Boomregionen

Regionalentwicklung. Obwohl die Zahl der Beschäftigten steigt, verlieren einige ländliche Räume in Deutschland Einwohner. Noch sind diese schrumpfenden Boomregionen allerdings die Ausnahme. Damit sie nicht die Regel werden, fordert Matthias Wohltmann vom Deutschen Landkreistag vor allem einen Wandel in der Wahrnehmung: Land schlecht, Stadt gut – diese einfache Formel stimme nicht, sagt er im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

Elektromobilität

Die Nachfrage nach Elektroautos ist in Deutschland immer noch sehr gering. Das liegt auch daran, dass es zu wenig Ladesäulen gibt.

—> [Seite 6](#)

Brexit

Der Brexit bremst die Investitionstätigkeit im Vereinigten Königreich. Die Direktinvestitionen aus dem Ausland sind regelrecht eingebrochen.

—> [Seite 9](#)

Interview. Landauf, landab wird darüber diskutiert, dass viele ländliche Regionen den Anschluss verlieren. Der iwd hat darüber mit **Matthias Wohltmann** gesprochen, er ist Beigeordneter im Deutschen Landkreistag und dort für den Bereich „Öffentliche Finanzen, Daseinsvorsorge und Ländlicher Raum“ zuständig.



Foto: Deutscher Landkreistag

„Die ländlichen Regionen brauchen keine Almosen“

Herr Wohltmann, das Bundeskabinett hat gerade beschlossen, eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ einzusetzen. Sie soll dafür sorgen, dass künftig Ressourcen und Möglichkeiten für alle Menschen in Deutschland gerecht verteilt sind. Es geht also vor allem darum, den ländlichen Regionen zu helfen – was sind deren größte Probleme?

Eines vorweg: Was jetzt auf keinen Fall passieren darf, ist, dass man mit den Maßnahmen zugunsten der ländlichen Regionen so lange wartet, bis die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat. Der Großteil der Probleme ist seit Langem bekannt und bereits im Koalitionsvertrag benannt worden – etwa in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Breitbandversorgung und Sicherstellung der Mobilität. Dazu gehört aber auch die Fortentwicklung der „Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz“ zur „Gemeinschafts-

aufgabe Ländliche Entwicklung“. Das kann man alles jetzt schon machen.

Was erwarten die Landkreise konkret vom Bund?

Nötig ist vor allem ein Wandel in der Wahrnehmung: Die ländlichen Räume werden vielfach als rückständig, abgehängt, strukturschwach und demografiebelastet beschrieben. Die Städte dagegen gelten als modern und wirtschaftsstarke.

Beide Bilder stimmen nicht mit der Wirklichkeit überein. Wenn man sich zum Beispiel Gelsenkirchen und Oberhausen im Ruhrgebiet anschaut oder Bremerhaven in Norddeutschland, dann sind das mit Sicherheit keine strukturstarke Städte, sondern vielmehr Regionen mit großen Problemen.

Auf der anderen Seite werden 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den ländlichen Räumen erwirtschaftet – dort ist die Heimat des Produzierenden Gewerbes und des Handwerks.

Wir müssen also verstehen, dass der ländliche Raum keine Almosen braucht. Eine Stärkung dieser Regionen ist vielmehr die Stärkung eines Pfunds, mit dem Deutschland wuchern kann: Wir haben eine sehr dezentrale und mittelständische Wirtschaftsstruktur mit vielen Familienunternehmen, die für ihre Region Verantwortung übernehmen. Das ist ein wesentlicher Grund für die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands.

Allerdings könnten die Landkreise vieles selber machen, statt auf die Initiative des Bundes zu warten.

In der Tat: Die Antwort kann nicht sein, dass der Bund jetzt mit zig Fördertöpfen durch die Lande zieht und „Geschenke“ verteilt. Das wird nicht funktionieren. Das sehen wir zum Beispiel am kommunalen Investitionsförderungsgesetz, das 7 Milliarden Euro unter Volk bringen soll.

Warum funktioniert das nicht?

Weil das Geld wegen der Kapazitätsprobleme in den Verwaltungen und in der Wirtschaft nur zögerlich abgerufen wird. Die Baufirmen zum Beispiel geben bei vielen Ausschreibungen gar keine Angebote mehr ab, weil sie komplett ausgelastet sind. Und wenn sie doch ein Angebot machen, sind die Preise überhöht.

Was wir brauchen, ist, dass die Akteure vor Ort ihre Probleme wieder selber angehen können, indem mehr Geld zur autonomen Verwendung auf die lokale Ebene gegeben wird. Heute haben die Kommunen einen Anteil an den gesamtstaatlichen Ausgaben von rund 25 Prozent. Ihr Anteil an den originären Einnahmen, also den Steuern, beträgt aber nur 12 bis 13 Prozent. Da ist noch Luft nach oben.

An welche Steuern denken Sie dabei?

An die Umsatzsteuer. Wir schlagen vor, den Schlüssel zu ändern und nicht mehr nach Wirtschaftskraft wie heute, sondern nach Einwohnerzahl und, wenn möglich, nach Soziallasten zu verteilen. Kommunen, die besonders hohe Lasten zu tragen haben, weil dort beispielsweise viele Hartz-IV-Empfänger wohnen, bekämen dann entsprechend mehr Geld.

Wie wollen Sie den strukturschwachen ländlichen Regionen helfen? Eine IW-Studie zeigt, dass die Menschen inzwischen sogar aus solchen ländlichen Regionen abwandern, in denen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Noch einmal: Strukturschwäche ist nicht allein eine Sache der ländlichen Räume. Zudem gibt es viele ehemals strukturschwache ländliche Räume, die ihre Schwäche überwunden haben – das ist also kein unabänderliches Schicksal.

Ein typisches Beispiel für solch einen Umschwung ist der Landkreis Cham an der Grenze zu Tschechien:

Er hatte früher eine Arbeitslosenquote von mehr als 20 Prozent und war sozusagen das Armenhaus Bayerns. Inzwischen ist die Quote runter auf 3 Prozent.

Wie hat der Landkreis das geschafft?

Wirtschaft, Politik und Vertreter der Zivilgesellschaft haben sich zusammengesetzt, die Situation analysiert und dann gezielt Mechanismen angeworben. Cham hat praktisch eine Technologie-Region aus dem Boden gestampft. Ein anderes bekanntes Beispiel für solch einen Umschwung ist das Emsland.

Ich möchte betonen: Das A und O ist die Zusammenarbeit. Das zieht sich wie ein roter Faden durch alle positiven Beispiele. Weder kann die Politik einfach irgendetwas vorgeben, noch kann die Wirtschaft versuchen, es alleine zu machen – man muss gemeinsam anpacken.

„Die Vorstellung, dass alle Leute ins hippe Berlin wollen, existiert wahrscheinlich nur in Berlin.“

Trotzdem wandern die Menschen auch aus Boomregionen ab.

Das ist in der Tat mancherorts ein Problem – auch wenn die Landkreise nach wie vor einen Bevölkerungsanteil von rund 68 Prozent haben. Gleichwohl hat eine ganze Reihe von Landkreisen Probleme mit der Fachkräftesicherung. Deshalb schauen sich die Wirtschaftsförderungsgesellschaften heute nicht nur die Wirtschaft an, sondern fragen sich, wie man das gesamte Lebensumfeld so gestalten kann, dass die Leute in der Region bleiben oder wieder zurückkommen.

Was wird konkret gemacht?

Man schaut zum Beispiel, dass man die Zentren der kleinen Städte zu einer Art Begegnungsstätte macht und versucht, die Dorfkerne zu beleben.

Spielt bei der Fachkräftesicherung die Integration von Migranten eine Rolle?

Ja, aber nur bedingt. Wir als Landkreistag plädieren für die Wohnsitzauflage, wie sie in Paragraph 12a des Aufenthaltsgesetzes für Flüchtlinge vorgesehen ist. Das würde die heutige Konzentration der Flüchtlinge auf einige wenige Städte verhindern – und damit die Gefahr der „Ghettobildung“. Gleichzeitig könnte man so das Problem der leer stehenden Wohnungen auf dem Land abmildern. Allerdings müssen auch beide Seiten – Einheimische und Flüchtlinge – bereit sein, miteinander zu leben, sich dem jeweils anderen zu öffnen.

Könnte das den Trend zur Urbanisierung aufhalten?

Diesen Trend sehe ich nicht. Eine aktuelle Bevölkerungsbefragung zeigt, dass sich nur 21 Prozent der Bundesbürger für ein Leben in der Großstadt entscheiden würden, wenn sie – unabhängig von ihrer finanziellen Situation – frei wählen könnten. Viel mehr Menschen in Deutschland, etwa 45 Prozent, würden eine ländliche Gemeinde oder eine kleine Stadt bevorzugen. Die Vorstellung, dass alle Leute ins hippe Berlin wollen, existiert wahrscheinlich nur in Berlin.

Engpass Stromtankstelle

Elektromobilität. *Zu wenig Stromer, zu wenig Stromtankstellen – so steht es um die Elektromobilität in Deutschland. Die mangelnde Nachfrage nach reinen Elektroautos hat einen simplen Grund: Im Vergleich zu Verbrennungsfahrzeugen bergen E-Autos einfach immer noch zu viele Einschränkungen.*

Es ist ernüchternd: Von den 46,5 Millionen Pkws in Deutschland sind gerade mal knapp 54.000 reine Stromer. Neben den hohen Anschaffungskosten und der vergleichsweise geringen Reichweite ist vor allem die fehlende Ladeinfrastruktur ein Problem (Grafik):

Laut Bundesnetzagentur gibt es derzeit bundesweit rund 10.000 Ladesäulen – die Bundesregierung hat sich allerdings 100.000 Ladepunkte als Ziel für 2020 gesetzt.

Solange es zu wenig öffentliche Stromtankstellen gibt, werden sich nicht ausreichend Käufer für reine Elektrofahrzeuge finden. Hinzu kommt, dass nicht jeder Ladepunkt von jedem Autotyp genutzt werden kann. Und selbst wenn Autotyp und Ladesäule kompatibel sind, müssen sich Autofahrer vor dem Ladevorgang typischerweise kostenpflichtig beim Anbieter registrieren oder im Besitz einer passenden Ladekarte sein.

All diese Hürden schrecken viele umsteigewillige Pkw-Fahrer ab – und genau diese Kaufzurückhaltung ist ein Problem für die Betreiber der Ladestationen. Obwohl der Staat den Aufbau von öffentlich zugänglichen Ladesäulen mit bis zu 60 Prozent der Investitionskosten fördert, sind Ladesäulen nur durch den Verkauf von

zusätzlichen Dienstleistungen oder mithilfe erheblicher Preisaufschläge für Strom zu refinanzieren – Letzteres hätte allerdings folgende Konsequenzen:

Erstens würden jene Autobesitzer, die ihr Elektrofahrzeug zu Hause auftanken können, deutlich günstiger fahren als Laternenparker, die auf öffentliche Ladesäulen für ihre E-Autos angewiesen sind.

Zweitens könnte die Verteuerung des Stroms an öffentlichen Ladesäulen dazu führen, dass Benziner oder Diesel im Betrieb irgendwann billiger sind als E-Autos.

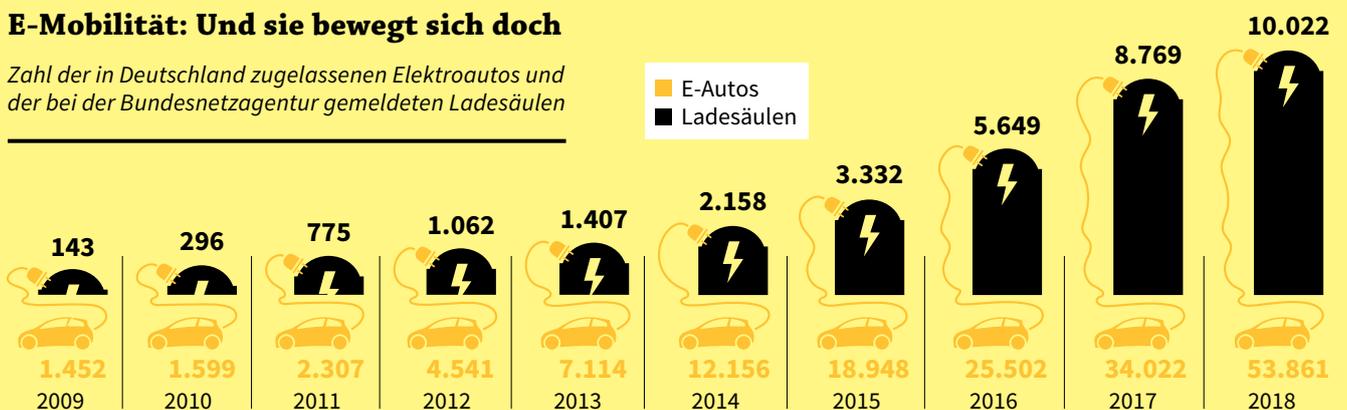
Wenn die Bundesregierung die Elektromobilität also steigern will, muss sie den Ausbau und Betrieb der öffentlichen Stromtankstellen stärker forcieren. Eine höhere staatliche Förderung wäre hierfür ebenso eine Option wie eine Finanzierung über höhere Netzentgelte im gesamten Stromnetz, die somit von allen Stromkunden getragen würde.

IW-Kurzbericht:

Thomas Puls: Ladesäulen für Elektroautos – Ein Henne-Ei-Problem
Den Kurzbericht sowie eine Übersicht über die Verteilung aller Elektroautos und Ladepunkte in sämtlichen deutschen Kreisen finden Sie unter: iwkoeln.de/e-mobilitaet

E-Mobilität: Und sie bewegt sich doch

Zahl der in Deutschland zugelassenen Elektroautos und der bei der Bundesnetzagentur gemeldeten Ladesäulen



E-Autos: jeweils 1. Januar; Ladesäulen: jeweils Jahresende, 2018: Juni

Quellen: Bundesnetzagentur, Kraftfahrtbundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

Streit um die Arbeitszeit

Tarifverhandlungen. Das erste Halbjahr 2018 verlief tarifpolitisch deutlich konfliktreicher als das vergangene Jahr. Vor allem in der Metall- und Elektro-Industrie führten die Arbeitszeitforderungen der Gewerkschaft zu heftigen Auseinandersetzungen. In anderen Branchen laufen die Tarifverhandlungen noch – es drohen weitere Streiks.

Aktuell schauen vor allem Flugreisende mit Bangen auf den seit November 2017 andauernden Tarifkonflikt bei Ryanair. Warnstreiks gab es aber auch schon bei T-Systems. Das Tarifjahr 2018 dürfte also weiterhin Zündstoff bergen – in vielen bereits abgeschlossenen Tarifverhandlungen ging es jedenfalls hoch her.

So traf in der Metall- und Elektro-Industrie vor allem die Forderung der Gewerkschaft nach einem individuellen Recht auf Arbeitszeitverkürzung samt teilweisem Lohnausgleich für bestimmte Beschäftigungsgruppen auf heftigen Widerstand der Arbeitgeber. Das zeigt auch das IW-Konfliktbarometer (Grafik):

Vier Warnstreikwellen und die Bekämpfung der Streiks mit juristischen Mitteln durch die Arbeitgeber

trieben die Konfliktintensität in der Metall- und Elektro-Industrie auf 35 Punkte – das war der höchste Wert seit 2003.

Das Thema Arbeitszeit beschäftigte die Tarifpartner aber auch in anderen Branchen. Bei der Deutschen Post müssen die Beschäftigten künftig jedes Jahr entscheiden, ob sie höhere Entgelte oder mehr Freizeit haben möchten. Der Tarifvertrag für die Deutsche Telekom sieht unter anderem ein neues Teilzeitmodell vor. Ansonsten waren dort vor allem die hohen Lohnforderungen ausschlaggebend für die recht hohe Konfliktintensität. Dies traf auch für den öffentlichen Dienst zu (siehe Artikel „Reform der großen Tarifreform“ auf iwd.de).

Über alle Branchen hinweg dürften die Beschäftigten mit dem Erreichten jedenfalls zufrieden sein – die Tariflohndynamik hat in jüngster Zeit spürbar zugenommen: Seit Jahresbeginn sind die Tarifverdienste im Durchschnitt um 2,7 Prozent gestiegen.

IW-Report 29/2018

Paula Hellmich, Hagen Lesch: Tarifpolitischer Bericht 1. Halbjahr 2018 – Arbeitszeit zurück auf der Agenda
iwkoeln.de/tarifpolitik_arbeitszeit

Tarifverhandlungen: Die jüngsten Konflikte

im ersten Halbjahr 2018

Branche/Unternehmen	Gewerkschaft	Verhandlungszeitraum	Konfliktintensität in Punkten	Maximale Eskalationsstufe in Punkten
Metall- und Elektro-Industrie	IG Metall	Oktober 2017 bis Februar 2018	35	5
Öffentlicher Dienst (Bund und Kommunen)	ver.di, dbb, GEW	Februar bis April 2018	16	4
Deutsche Telekom	ver.di	Dezember 2017 bis April 2018	14	4
Ryanair (Piloten)	VC	seit November 2017	12	4
T-Systems	ver.di	seit Dezember 2017	9	4
Deutsche Post	ver.di	Januar bis April 2018	8	4
Bauhauptgewerbe	IG BAU	November 2017 bis Mai 2018	5	5
Deutsche Lufthansa (Bodenpersonal)	ver.di	November 2017 bis Januar 2018	1	1

Konfliktintensität und Eskalationsstufe: Alle Konfliktaktionen während einer Tarifrunde werden in Eskalationsstufen von 0 bis 7 eingeteilt und mit der entsprechenden Punktzahl bewertet: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streik- und Aussperrungsdrohung, 2 = Abbruch der Verhandlungen, 3 = Streikankündigung oder -aufruf, 4 = Warnstreik, 5 = Scheitern der Tarifverhandlungen und Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern und Urabstimmung oder unmittelbarer Streikaufruf, 7 = Streik und Aussperrung. Die maximale Eskalationsstufe gibt an, bis zu welcher Konfliktaktion sich eine Tarifrunde zugespitzt hat. Die Konfliktintensität ergibt sich aus der aufsummierten Punktzahl aller Eskalationsstufen.

In weiteren sieben Branchen, in denen das IW die abgeschlossenen oder laufenden Tarifverhandlungen analysiert hat – darunter die Chemische Industrie –, kam es (bislang) zu keinen Konfliktaktionen; dbb: dbb Beamtenschaft und Tarifunion; GEW: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; VC: Vereinigung Cockpit

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft; © 2018 IW Medien / iwd

US-Kapital bleibt Deutschland treu

Steuerreform USA. Amerikanische Unternehmen haben – offenbar als Reaktion auf die US-Steuerreform – allein im ersten Quartal 2018 fast 300 Milliarden Dollar an Direktinvestitionen aus dem Ausland zurückgeholt. Dies hat vor allem jene Länder getroffen, die als Steueroasen gelten. In Deutschland dagegen ist von einer solchen Kapitalabwanderung bisher nichts zu sehen.

Die Bundesrepublik ist als größte Volkswirtschaft der EU ein wichtiger Investitionsstandort. Auch Firmen aus dem Ausland gründen hier Niederlassungen oder kaufen inländische Betriebe. Dabei geht es um erhebliche Beträge (Grafik):

Zum Jahresende 2016 betrug der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland fast 500 Milliarden Euro.

Nun umfassen Direktinvestitionen zum Beispiel auch finanzielle Beteiligungen an Holdinggesellschaften – deshalb führen die Niederlande und Luxemburg die Top Ten der Auslandsinvestoren in Deutschland an.

Dieses Kapital ist auch kurzfristig mobil. Entsprechend groß waren die Befürchtungen, dass Firmen aus den USA – dem sechstgrößten Investor in der Bundesrepublik – als Konsequenz aus der US-Steuerreform unmittelbar Kapital in die Heimat repatriieren, also zurückverlagern würden. Denn die US-Steuersätze für Unternehmen sind zum 1. Januar 2018 deutlich gesenkt worden, die Repatriierung selbst bleibt zudem steuerfrei (siehe iwd 26/2017).

Die für das erste Quartal 2018 vorliegenden Daten zu den Direktinvestitionen lassen jedoch keinen entsprechenden Kapitalabfluss vom Standort D erkennen – im Gegenteil:

Die US-Direktinvestitionen in Deutschland sind im Zeitraum Januar bis März 2018 um knapp

4 Milliarden Dollar gestiegen – und damit sogar stärker als im Schnitt der ersten Quartale in den Jahren 2015 bis 2017.

In anderen europäischen Ländern zeigt die US-Steuerreform aber durchaus Wirkung: So sind im ersten Quartal 2018 mehr als 70 Milliarden Dollar aus den Niederlanden in die USA transferiert worden – das waren rund 8 Prozent des US-Direktinvestitionsbestands bei unseren westlichen Nachbarn. Aus der Schweiz floss US-Firmenkapital in Höhe von 6 Prozent des Bestands ab; in Irland kam der vorherige Zustrom an Direktinvestitionen aus den USA zum Erliegen.

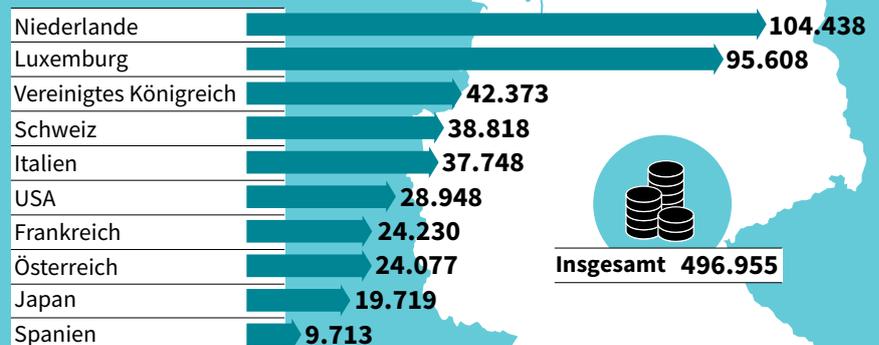
Der Schluss liegt nahe, dass US-Firmen in diesen Ländern viel Kapital allein aus steuerlichen Gründen geparkt hatten – schließlich sind dort die Steuersätze für Unternehmen generell niedrig und/oder es locken reduzierte Steuern auf Einnahmen aus Patenten und Lizenzen (siehe iwd 6 und 24/2017). Mit der Steuerreform in den USA haben die genannten EU-Länder nun an Attraktivität als Steueroase für amerikanische Firmen verloren.

IW-Kurzbericht

Tobias Hentze, Markos Jung: Kapitalflüsse in die USA entlarven Steueroasen
iwkoeln.de/kapitalfluesse

Die Top Ten der Auslandsinvestoren

Bestand an Direktinvestitionen aus diesen Ländern in Deutschland zum Jahresende 2016 in Millionen Euro



Direktinvestitionen: Kapitalexport eines Landes mit dem Ziel, im Ausland Immobilien zu erwerben, Betriebsstätten oder Tochterunternehmen zu errichten, Unternehmen zu erwerben oder sich an ihnen mit einem Anteil zu beteiligen, der einen entscheidenden Einfluss auf die Unternehmenspolitik gewährleistet

Quelle: Deutsche Bundesbank
© 2018 IW Medien / iwd

Von ganz oben nach ganz unten

Brexit. Die Auswirkungen des Brexits treffen die britische Wirtschaft immer stärker. Einerseits schwächt der private Konsum, andererseits entwickeln sich die privaten Investitionen nur noch schleppend – und die Direktinvestitionen aus dem Ausland sind regelrecht eingebrochen.

Wie stark wird die Wirtschaft im Vereinigten Königreich wachsen? Das vorherzusagen ist Aufgabe des britischen Office for Budget Responsibility (OBR). Seine Wachstumsprognose für die Jahre 2016 bis 2020 hat das OBR seit November 2015 um kumuliert 8 Prozentpunkte gesenkt – ein Indiz für den Ernst der Lage.

Das Wachstum im Vereinigten Königreich ist durch die Brexit-Entscheidung hinter das des Euroraums zurückgefallen. Zuvor lagen die Briten lange über dem Durchschnitt der Euroländer. Für die trüben Aussichten gibt es zwei Gründe:

Erstens hat das Pfund seit dem Brexit-Votum gegenüber dem Euro deutlich abgewertet. Die Folge:

Die Inflationsrate im Vereinigten Königreich ist 2017 auf mehr als 3 Prozent gestiegen.

Dadurch hat sich die vormals hohe Dynamik der privaten Konsumausgaben spürbar verlangsamt.

Zweitens drückt die Unsicherheit über die Ausgestaltung des Brexits auf die Investitionen. Das betrifft zum einen das Engagement der heimischen Firmen:

Im Jahr 2016 gingen die privaten Investitionen – ohne Bau – im Vereinigten Königreich um 0,5 Prozent zurück und 2017 erhöhten sie sich nur um 2,4 Prozent.

Zum Vergleich: Zwischen 2010 und 2015 waren die privaten Investitionen noch um durchschnittlich 5 Prozent pro Jahr gewachsen.

Zum anderen wirkt sich der Brexit auch auf die Direktinvestitionen aus. Das Vereinigte Königreich war stets besonders beliebt bei ausländischen Investoren. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2016 legten sie 66 Milliarden Euro auf der Insel an. Ganz anders nach der Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen (Grafik):

Im Jahr 2017 flossen lediglich noch 15,1 Milliarden Euro an Direktinvestitionen ins Vereinigte Königreich.

Unter den großen EU-Volkswirtschaften ist Großbritannien damit vom ersten auf einen der letzten Plätze abgerutscht.

Die jüngsten Entwicklungen in den Verhandlungen zwischen dem

Vereinigten Königreich und der EU dürften die Lage eher noch verschärfen als entspannen. Denn ein No-Deal-Szenario – also der EU-Austritt ohne Vertrag – ist weiterhin nicht auszuschließen.



Experten-Einschätzung

Im iwd-Interview analysiert IWAuslandsexperte Jürgen Matthes die jüngsten Vorschläge aus dem Vereinigten Königreich zur Gestaltung des Brexits:

iwd.de/brexit-interview

IW-Kurzbericht

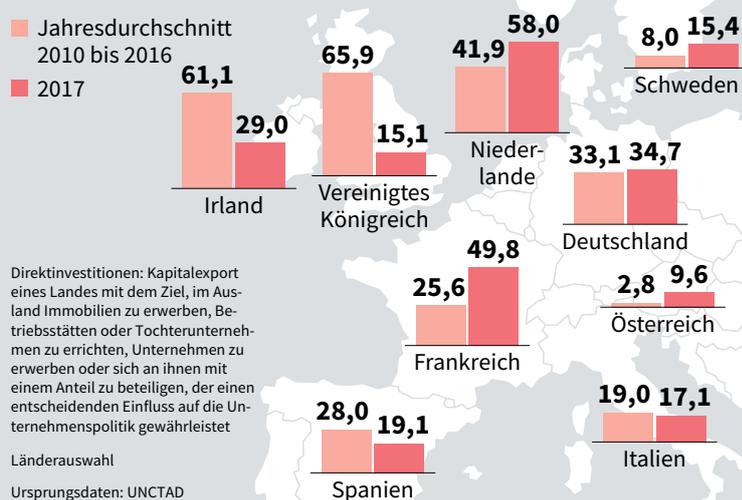
Jürgen Matthes: Brexit führt zu Investitionsschwäche im UK

iwkoeln.de/brexit-investitionen

Direktinvestitionen: Brexit trifft Briten

Zuflüsse in das jeweilige Land in Milliarden Dollar

■ Jahresdurchschnitt 2010 bis 2016
■ 2017



Selbstständige machen den Unterschied

Einkommensmobilität. Die OECD bescheinigt Deutschland eine besonders niedrige Einkommensmobilität. Das Arbeitseinkommen des Nachwuchses soll so stark vom Gehalt der Eltern abhängen wie in keinem anderen der klassischen Industrieländer. Doch die Ergebnisse sind mit Vorsicht zu genießen, denn sie blenden eine zentrale Berufsgruppe aus.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die Einkommensmobilität analysiert – also geprüft, wie stark die Einkommen von Eltern mit jenen ihrer Kinder zusammenhängen. Das Ergebnis für Deutschland fällt alarmierend aus (Grafik):

Laut OECD gehen in Deutschland 55 Prozent der Einkommensungleichheit unter den Söhnen auf die Einkommensungleichheit unter den Vätern zurück.

Die Ungleichheit wird hierzulande also quasi vererbt, und zwar stärker als in allen anderen untersuchten Industrieländern.

Auf der Suche nach Erklärungen für Deutschlands Abschneiden stößt man schnell auf abweichende Befunde, beispielsweise in den Studien von Miles Corak, der an der New Yorker City University lehrt:

Laut Corak landet Deutschland mit einem intergenerationalen Elastizitätskoeffizienten von 0,32 nicht länger an der Spitze, sondern im Mittelfeld.

Den Spitzenplatz teilen sich das Vereinigte Königreich und Italien, dicht gefolgt von den USA. Diese Ergebnisse liegen offenbar näher an der Wahrheit. Denn die OECD hat in ihrem Ranking Selbstständige ausgeklammert. Dabei spielen diese eine entscheidende Rolle:

Obwohl nur 10 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland selbstständig sind, zählen zu dieser Gruppe alle freien Berufe, also beispielsweise Ärzte.

Die Einkommensdynamik ist in diesen Berufen merklich höher als im Durchschnitt aller Jobs, und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind selten.

Auch die OECD ist sich des Problems bewusst, dass sie eine zentrale Gruppe ausgeklammert hat und zeigt:

Der Elastizitätskoeffizient für Deutschland sinkt von 0,55 auf 0,29, wenn alle Berufsgruppen inklusive der Selbstständigen berücksichtigt werden.

Allerdings gewährt die OECD in ihrer Studie dieser entscheidenden Beobachtung nur unter „ferner liefen“ etwas Raum: in Form einer kurzen Textpassage und einer einzigen Grafik.

Einkommensmobilität: Eine Frage der Studie

Der **intergenerationale Elastizitätskoeffizient** beschreibt, wie stark das Einkommen der Kinder von dem der Eltern abhängt. Er kann Werte von null bis eins annehmen. Beim Wert null hat die Einkommensungleichheit in der Generation der Eltern keinen Einfluss auf die in der Kinder-Generation; beim Wert eins geht die Ungleichheit der Kinder vollständig auf die Ungleichheit bei den Eltern zurück.

So hoch ist der intergenerationale Elastizitätskoeffizient der Arbeitseinkommen von Vätern und Söhnen laut dieser Studie

	0	OECD	1	0	Corak	1
Deutschland		0,55		0,32		
Frankreich		0,53		0,41		
Italien		0,44		0,50		
Vereinigtes Königreich		0,44		0,50		
USA		0,41		0,47		
Japan		0,35		0,34		
Australien		0,35		0,26		
Kanada		0,32		0,25		
Neuseeland		0,29		0,29		
Schweden		0,26		0,27		
Finnland		0,19		0,18		
Norwegen		0,16		0,17		
Dänemark		0,12		0,15		

Datenstand: OECD 2009 bis 2015 je nach Verfügbarkeit, Corak jeweils aktuellste Werte
Auswahl wichtiger Industrieländer

Quellen: Corak (2017), OECD
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht

Maximilian Stockhausen: Ist der Traum vom sozialen Aufstieg in Deutschland ausgeträumt?

iwkoeln.de/sozialer-aufstieg

Zeitarbeit als Sprungbrett

Zuwanderer. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan steigt. Viele haben einen Job in der Zeitarbeitsbranche – das kann helfen, später auch in anderen Bereichen Arbeit zu finden.

Ein Job ist für Migranten eine bedeutsame Etappe zur Integration. Insofern ist es eine gute Nachricht, dass immer mehr Menschen aus den wichtigsten Herkunftsländern der Flüchtlinge in Deutschland eine Stelle finden. So war die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Syrer im April 2018 mit rund 73.000 mehr als doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Afghanen und Iraker kamen auf ein Job-Plus von rund 60 beziehungsweise knapp 50 Prozent. Entsprechend gestiegen sind auch die Beschäftigungsquoten:

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Syrer

an allen Syrern im erwerbsfähigen Alter hat sich binnen eines Jahres auf rund 15 Prozent im April 2018 verdoppelt.

Allerdings ist die Beschäftigungslage für die Menschen aus den drei genannten Ländern noch immer wesentlich schlechter als für die Ausländer insgesamt – in dieser Gruppe hatten zuletzt knapp 42 Prozent der Erwerbsfähigen einen regulären Job.

Ein großes Problem: Vielen Flüchtlingen fehlt ein verwertbarer beruflicher Abschluss. Auch aus diesem Grund sind sie überdurchschnittlich oft in zwei Branchen beschäftigt, in denen Einfacharbeit eine große Rolle spielt – dem Gastgewerbe und der Zeitarbeit (Grafik):

Von allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Syrern und Irakern waren Ende 2017 fast 16 Prozent in der Zeitarbeitsbranche tätig – bei den Beschäftigten deutscher Herkunft betrug der Anteil nur 2 Prozent.

Einen Job im Gastgewerbe hatten zuletzt mehr als 17 Prozent der Iraker und Afghanen, aber lediglich gut 2 Prozent der Deutschen.

Gerade die Jobs in der Zeitarbeit bieten den Zuwanderern allerdings die Chance, Arbeitserfahrungen zu sammeln, die für einen späteren Einstieg in die entsprechende Branche sehr hilfreich sein können.

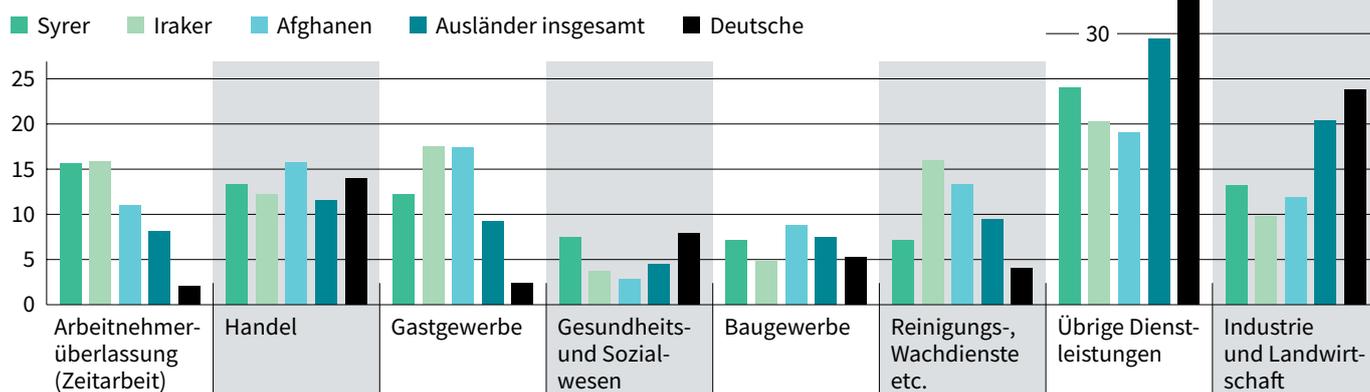
Um jedoch längerfristig bessere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu haben, müssen die Flüchtlinge neben dem Job die Möglichkeit haben, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und sich beruflich aus- und weiterzubilden. Staatliche Stellen, Kammern und Verbände sollten die entsprechenden Angebote bereitstellen und vor allem kleinere Unternehmen bei der Qualifizierung ihrer ausländischen Mitarbeiter unterstützen.

IW-Kurzbericht

Wido Geis: Integrationsmotor Zeitarbeit
iwkoeln.de/integrationsmotor

Zuwanderer sind oft Zeitarbeitnehmer

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der jeweiligen Gruppe in Deutschland waren im Dezember 2017 in diesen Branchen tätig



Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de



Top-Liste: Metropolen der Welt

Die Welt verstädtert. Schon heute lebt von den 7,6 Milliarden Menschen mehr als die Hälfte – nämlich 4,2 Milliarden – in einer Stadt. Bevölkerungsprognosen gehen davon aus, dass es 2030 bereits rund 5,2 Milliarden sein werden. Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung sowie der Anziehungskraft der Metropolen legen auch die Einwohnerzahlen der meisten Megastädte zu: In Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, werden im Jahr 2030 mehr als 28 Millionen Menschen leben, und Neu-Delhi wird mit dann annähernd 39 Millionen Menschen sogar Tokio als größte Stadt der Welt ablösen. Auf dem europäischen Kontinent wird es in Zukunft vier Megacity geben: In den Ballungsräumen von Istanbul, Moskau und Paris leben schon heute jeweils mehr als zehn Millionen Menschen, 2030 wird dies auch in London der Fall sein.

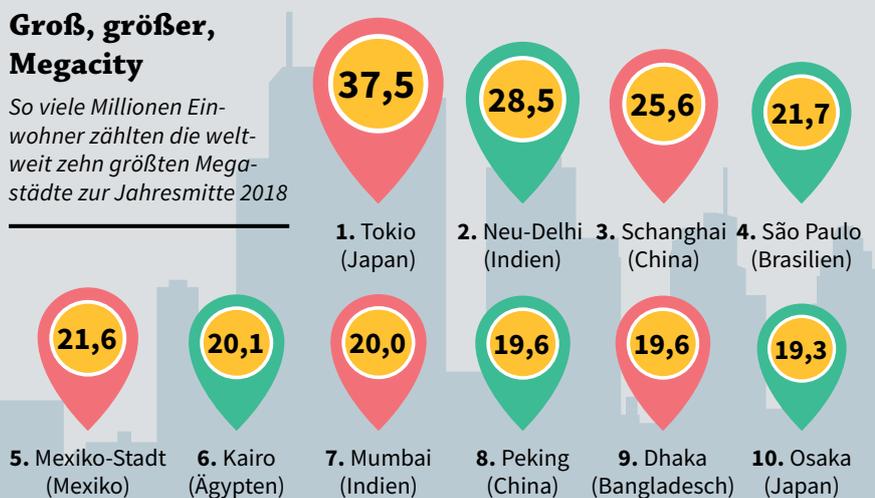
Zahl der Woche



der 18- bis 64-Jährigen in Deutschland lebten im Jahr 2017 von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit. Das waren fast 9 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000. Besonders deutlich fiel der Anstieg bei den Frauen aus: Standen zur Jahrtausendwende erst gut 52 Prozent durch eine berufliche Tätigkeit finanziell auf eigenen Füßen, waren es im vergangenen Jahr bereits nahezu 66 Prozent. Auf die Einkünfte von Angehörigen sind dagegen nur noch knapp 19 Prozent der 18- bis 64-jährigen Frauen in der Bundesrepublik angewiesen – gegenüber fast 29 Prozent im Jahr 2000. Zudem leben heute sowohl weniger Frauen als auch weniger Männer schon im erwerbsfähigen Alter von einer Rente oder Pension – der Anteil sank in den zurückliegenden 17 Jahren bei beiden Geschlechtern von etwa 10 auf 5 Prozent.

Groß, größer, Megacity

So viele Millionen Einwohner zählten die weltweit zehn größten Megastädte zur Jahresmitte 2018



Megastadt: Stadt mit mehr als zehn Millionen Einwohnern

Quelle: Vereinte Nationen
 © 2018 IW Medien / iwd

